

Dr.-Ing. Günter Briese

E-Mail: drgbriese@gmail.com Mobil: 0173 / 644 78 03

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM,

Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

Landkreis DAHME-SPREEWALD
- LANDRAT -
HERRN STEPHAN LOGE - PERSÖNLICH -
REUTERGASSE 12
15907 LÜBBEN (SPREEWALD)

per E-Mail an landrat@dahme-spreewald.de

Eichwalde, den 14. Juli 2016

Az.: Io. + EG

Ihr Schreiben vom 7. Juli 2016 (Postst. 12.7., erh. 13.7.16)

Ihr Zeichen - (Bearb.: Heiko Jahn)

Mein Schreiben vom 20. Juni 2016

Kritische Situation des BER-Projektes
in technischem, juristischem und finanziellem
Sinne

Sehr geehrter Herr Landrat,

für Ihr vorg. Schreiben möchte ich Ihnen vielmals danken.
Es ist beruhigend zu hören, daß die Genehmigungsbehörde des
Landkreises hohe Akzeptanz genießt und somit die Beachtung
einschlägiger Gesetze zum Bauantrag sichergestellt ist, zu-
mal es die Freiwillige Feuerwehr des Landkreises ist, wel-
che auch ggf. zum Einsatz kommt und deren Gesundheit und Le-
ben bedroht wären, wenn Genehmigungen leichtfertig erteilt
würden. Somit könnten ggf. auch Mitstreiter aus unseren Rei-
hen betroffen sein!

Mein Schreiben an Sie erfolgte auch, weil die Einhaltung
geltenden Rechts außerhalb Ihres Amtes und zu anderen Sach-
gebieten eben leider keine Selbstverständlichkeit bei der
Bearbeitung des BER-Projektes darstellt.

Die daraus resultierende aktuelle kritische Situation ist
aus den nachfolgend gen. Schreiben (gleichzeitig Anlagen)
ersichtlich;

- 1969-2014 45 Jahre Autor zu Volkswirtschaftsthemen in zwei Wirtschaftssystemen
- 1952 Betrieblicher Techniker-Abschluß, Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow
- 1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte, Fachschule für Schweremaschinenbau und Elektrotechnik Berlin-Lichtenberg
- 1973 Hochschul-Ing. für Elektronik-Technologie, Humboldt-Universität zu Berlin, Sekt. Elektronik
- 1973-75 Diplomierung und Promotion als Vater der mit Untersuchungen zur Systemisierbarkeit von Entwurfsprozessen aller Art mit Hilfe von heuristischen, Simulations- und algorithmischen Programmen;
- 1972, 1974 Pflichtpreisträger und Humboldtpreisträger der Humboldt-Universität von Berlin
- 1957-64 Akademie-Dozent für Mechanik, Physik und technische Fächer
- 1990-96 Rechtsanwältin und Bearbeiterin juristischer Grundrechtsfragen im DEUTSCHEN MIDEFOND (DMF)
- 1994 Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen Rechts- und Sozialfragen im Auftrag des Landesparlamentes Cottbus
- 1953-73 Selbständiger Konstrukteur
- 1973-91 Ingenieur für erwerbsbegleitende Standardisierung/Normung
- 1994 Bauleitplaner
- um 1960 Veröffentlichung "Zum Thema Preistoffminderungen" mit der Berechnung möglicher fertigungsbedingter Maßabweichungen für Typen, Sorten und Gängen für Duroplast-Feststoffteile, MASSE UND KAUTSCHUK
- 1966 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der Volkswirtschaft gegen das Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus zum Austausch Plastverarbeitung (Verhinderung der Einführung des sozietischen Ost-Toleranz- und Passungssystems zugunsten der Einführung des internationalen ISA/ISO-Toleranz- und Passungssystem)
- 1969-70 Leiter privater interdisziplinärer Forschungsgruppe zur Studie zur Substitution von Metall durch Plast in der Volkswirtschaft i.A. des ASW Berlin
Teil I: Ermittlung erforderlicher Aufgaben für Forschung/Entwicklung und Standardisierung, Teil II: Entwicklungs-Aufgabenfolgen-Netzplan, Kosten-Nutzen-Analyse) mit den Co-Autoren Dr. Wilfried Schauf, Zentrallaboratorium für Kunststoffverarbeitung Leipzig und Dipl.-Phys. Dieter von Strauß, TU Dresden
- 1968-69 Berechnung der Relation von geometrischer Toleranz (statist. Methode) zu arithmetischer Toleranz (worst-Case-Methode) für Maßketten zur Erzielung von Fertigungskostenminimierung durch größere Bauteiltoleranzen (unveröffentlicht, aber erprobt)
- um 1970 Ermittlung der Parameter des Elastifizierungsprozesses von Duroplastformteilen aus Abmaß-Mißmaß-Verteilungen, Eröffnungsvortrag der Sektion Kunststoffverarbeitungstechnik einer der Internationalen Fachtagungen MASTIP/STIP der Kammer der Technik, Dresden
- um 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen Ringelplans der Sowjetunion im Rahmen des Promotionsverfahrens, Humboldt-Universität zu Berlin
- 1980 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der Volkswirtschaft gegen das Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus (Verhinderung der Einführung der sozietischen Zulässigkeitsmethoden in der Maß-, Steuer- und Regelungschnik)
- 1980 Dissertationsskizzenfassung in FEINGERÄTEFABRIK 29(1980) H.4 S.182
- Jan. 1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft mit ökonomischen Stimuli über MELES FORM an Zentralen Runden Tisch und Regierung
- 1996/97 Vorschlag zur Einführung einer Tobin-Steuer (Spekulations-Dämpfung) und eines neuen Bretton-Woods-Abkommens (Sechste Wechselkurs) an die Oppositions-Parteien des Deutschen Bundestages zur Bewältigung von Globalisierungsproblemen noch vor der ERO-Einführung
- 2003-04 Vorschläge zur Einführung des Brutto sozialprodukt (BSP) als volkswirtschaftliche Kenngröße für den Beitritt zur ERO-Zone an die Bundesregierung und an die Landesregierung Brandenburg
- 2008-09 Vorschläge zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen für die Bewältigung der Welt-Finanz- und -Wirtschafts-Krisen sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen
- 1994-2014 Kritischer Begleiter des Emissionsprozesses Flughafen Berlin Brandenburg International (BER) durch Veröffentlichungen, Petitionen, Vorträge, Vorschläge, Auswertungen und Presse-Informationen und -Erklärungen im Rahmen der EICHWALDER BE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHHILFENETZ in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER.
in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM (vgl. <http://berlin-brandenburg-21.de> sowie www.eichwalde.com und www.brb-av.de)
- 2016 Auszeichnung zum 50. Eichwalder Rosenfest mit der EHRENMEDAILLE FÜR BESONDERE VERDIENSTE UM DIE GEMEINDE EICHWALDE durch wissenschaftliche Arbeit in Bürgerinitiativen

- Anl. 1 Schreiben vom 8.Juli 2016 an die Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission,
- Anl.2 Schreiben vom 10.Juli 2016 an den Petitionsausschuß des Europäischen Parlaments,
- Anl. 3 Schreiben der Kanzlei BAUMANN RECHTSANWÄLTE Partnerschaftsges. mbB Leipzig vom 5.Juli 2016 an die GD Wettbewerb der Europäischen Kommission, welches unsere vorgen. Schreiben durch relevante Gesetzesstellen und Urteile ergänzt,
- Anl. 4 Auszüge aus dem Vertrag von Lissabon, welche zu vorgen. Schreiben relevant sind (Art. 107 Abs.1 AEUV, Art.108 Abs.3 AEUV und Art.291 Abs.1 AEUV) sowie
- Anl. 5 Offener Brief an die BER-Kreditgeber vom 10.Juli 2016 aus dem BVBB.

EU-Beihilfeverfahrens-Varianten sind demnach

- das "vorläufige Prüfverfahren", welches z.Z. noch läuft und dessen Ergebnis bereits vor der Sommerpause vorigen Jahres des Deutschen Bundestages erwartet wurde, und
 - das "Hauptprüfungsverfahren", welches bisher noch nicht einmal eingeleitet wurde.
- Die Petentengemeinschaft erhielt vielmehr im Februar 2016 erst eine Stellungnahme der Europäischen Kommission vom 30.Oktober 2015 zu erhobenen Forderungen der Rückabwicklung der vorangegangenen 1,2-Mrd.-€-Beihilfe mit dem Ziel der Genehmigungs-widerrufung.

Als Entscheidungsvarianten der Europäischen Kommission sind deshalb u.E. zu erwarten:

- Aussetzung der Durchführung der Bereitstellung weiterer Mittel für das BER-Projekt bis zu einer Entscheidung der Europäischen Kommission wegen Verstoßens gegen EU-Recht,
 - abschlägige Bescheidung des letzten oder beider letzter Beihilfeanträge, sofern hierfür vorgebrachte Argumente als tragend erachtet werden, da sie von den Antragstellern nicht widerlegt werden konnten, oder
 - Einleitung eines Hauptprüfungsverfahrens zur tiefgründigeren Überprüfung von Beihilfen.
- Die Auswirkungen auf das BER-Projekt wären bei allen drei Varianten gleich: Verabschiedung vom Weiterbau und dem (noch offiziell) geplanten Eröffnungstermin 2017. Dies würde das Erfordernis eines weiteren Beihilfeantrages nach sich ziehen - aber ein solcher ist infolge geplanter Erweiterungsbauten ja ohnehin unumgänglich! Alles ohne PFB-Änderungsrunde oder Neuauflage ?

Ferner könnte die Europäische Kommission eine Privatisierung für erforderlich erachten, was sich aber bei Stattgabe der Anträge der Kanzlei BAUMANN RECHTSANWÄLTE zur Aufrechterhaltung des derzeitigen Berliner Flughafensystems (SXF + TXL) unter Abspaltung einer BER-Projektgesellschaft ohnehin als einzige Alternative für die Gesellschafter auch ohne EU-Aufforderung ergeben würde.

Die Erteilung einer Genehmigung zum aktuellen Beihilfeantrag halten wir aufgrund der Faktenlage zum BER-Projekt sowie der Positionierung der Bundesrepublik zu Finanzproblemen Portugals, Spaniens und Italiens angesichts des BREXIT für sehr wenig wahrscheinlich.

Da die Situation des BER-Projektes für den Landkreis relevant ist, bitten wir Sie um Nachricht, ob Ihnen unsere abschließenden Aktivitäten hierzu ab sofort per E-Mail übermittelt werden sollen, und, wenn ja, an Ihre persönliche E-Mail-Adresse oder die der Kreisverwaltung.

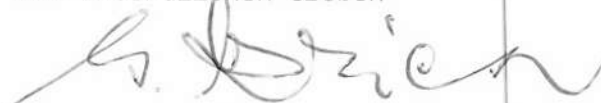
Sofern nur Zugriff bei Bedarf erwünscht ist, kann dieser über

- <http://berlin-brandenburg-21.de> bzw.
- tagaktuell über die Gemeindeverwaltung Eichwalde, Kämmerei, erfolgen.

Wir vertreten die Auffassung, daß die Position der Kreisverwaltung durch aktuelle Unterrichtung bei Verhandlungen gestärkt werden könnte.

Wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei der verantwortungsvollen Arbeit des Landkreises in Verbindung mit dem BER-Projekt und verbleiben

mit freundlichen Grüßen



Dr.G.Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT,
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT

5 Anlagen